

AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – November 2011

Neuigkeiten aus der COFACE

Auswirkungen häuslicher Gewalt auf das Berufsleben

Der 25. November ist der von den Vereinten Nationen deklarierte „Internationale Tag zur Beseitigung jeder Form von Gewalt an Frauen“. Häusliche Gewalt hat neben zahlreichen persönlichen Problemen auch Auswirkungen auf das Berufsleben der betroffenen Frauen. Diese reichen von der Schwierigkeit, eine Arbeit zu finden und zu behalten, über Kosten für den Arbeitgeber durch einen Verlust der Produktivität, Krankheitsausfall oder eine Störung durch den Partner auf der Arbeitsstelle. Zu diesem Thema hat die Confederation of Family Organisations in the European Union (COFACE) vor zwei Jahren ein Ausbildungs-, Maßnahmen und Studienprogramm mit unterschiedlichen europäischen Partnern initiiert, das nun endet. Die daraus hervorgehenden Ergebnisse und Empfehlungen stellte die COFACE während eines Kolloquiums vor.

- [Pressemitteilung der COFACE](#) 
- [Programm des COFACE-Kolloquiums vom 22. November 2011](#)

COFACE unterzeichnet Aufruf für eine neue Alkohol-Policy-Strategie

Alkoholmissbrauch ist der häufigste Grund für einen schlechten Gesundheitszustand bis hin zu einem frühen Tod der 25 – 59-jährigen. Weltweit ist Europa die Region mit dem höchsten Alkoholkonsum. Die European Alcohol Policy Alliance (Eurocare) hat daher die europäischen Gesundheitsminister/innen zur Verabschiedung einer umfassenden Alkohol-Policy-Strategie für die Periode 2013 – 2020 aufgerufen, um Alkoholmissbrauch auf europäischer Ebene entgegenzuwirken. Die COFACE hat diesen Aufruf mit 83 weiteren europäischen und nationalen NGOs unterschrieben.



- [Pressemitteilung von Eurocare zur europäischen Alkohol-Policy-Strategie 2013 - 2020](#)

Neues aus dem Europäischen Parlament

EP befasst sich mit der Diskriminierung von Roma

In diesem Jahr wurde der EU-Rahmen für nationale Roma-Strategien in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Gesundheit und Wohnraum festgelegt. Das EP befragte nun in seiner Plenarsitzung den Europäischen Rat und die Europäische Kommission zu Maßnahmen gegen Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen an Roma-Bürgern in Europa. Dabei wurde herausgestellt, dass die Worte stärker in Taten umgesetzt werden müssen. Prioritäten sind dabei die Sicherstellung des Regelschulbesuchs von Romakindern (und keine speziellen Schulen für Roma wie es in manchen EU-Mitgliedstaaten der Fall ist), die Einbeziehung regionaler und lokaler Behörden in die Integrationsleistungen sowie die Sicherstellung der Bewegungsfreiheit von Roma-Bürgern.

Auch die die COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) beschäftigt sich intensiv mit diesem Thema und hat im Oktober 2011 ein Positionspapier dazu veröffentlicht.

- [Pressemitteilung des Europäischen Parlaments zur Integration von Roma-Bürgern](#) 
- [COFACE-Papier zu „Romafamilien und die generationsübergreifende Übertragung von Armut und sozialer Ausgrenzung“](#) 

EP fordert Überarbeitung der EU-Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen

Am 20. September 2011 endete die Konsultation der EU-Kommission zum Grünbuch „Überarbeitung der Richtlinie über Berufsqualifikationen“. Das Ziel dieser Initiative war es, die Anerkennung von Berufsqualifikationen innerhalb der EU zu vereinfachen, wobei vor allem auch die Anerkennung von Ausbildungen, die in einem Drittland erworben wurden, in Betracht gezogen wurde. Nun hat sich auch das EP dafür ausgesprochen, die EU-Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (2005/36/EG) zu modifizieren. Somit soll es für Arbeitnehmer/innen in der EU fortan einfacher werden, ihre Qualifikationen in jedem Land anerkannt zu bekommen, um die berufliche Mobilität innerhalb der EU zu verbessern.

Für die AGF ist der Rechtsanspruch auf Anerkennung von schulischen, beruflichen und akademischen Abschlüssen aus Drittstaaten von besonderer Bedeutung. Dieser Rechtsanspruch sollte in allen Mitgliedstaaten verbindlich geregelt werden und sowohl für EU-Bürger als vor allem auch für Drittstaatler/innen gelten. Erst dann wäre z. B. eine Familie erst in der Lage, von der Möglichkeit und dem Recht Gebrauch zu machen, sich beruflich in einem anderen Mitgliedstaat zu bewegen.

- [Bericht und Entschließung des Europäischen Parlaments](#)

EP und Rat uneins bei Revision des Mutterschaftsurlaubs

Im Oktober 2010 verabschiedete das EP eine Entschließung zur Erhöhung der Mindestdauer des voll bezahlten Mutterschutzes von 14 auf 20 Wochen für Mütter sowie die Möglichkeit für Väter, zwei Wochen bezahlte Elternzeit zu nehmen. Zum Fortgang im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren im Rat der Europäischen Union stellte der „Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter“ des EP am 30. August 2011 eine Anfrage zur mündlichen Beantwortung. Die zuständige EP-Berichterstatterin Edite Estrela fragte nun im Rat nach, warum noch kein Fortschritt erreicht wurde. Radoslaw Mleczko (polnischer Vizeminister für Soziales) antwortete stellvertretend für die polnische Ratspräsidentschaft, dass eine einheitliche Position im Rat angesichts der Euro-Krise derzeit schwierig sei. Estrela machte daraufhin deutlich, dass „Mutterschutz nicht als eine wirtschaftliche Belastung, sondern als eine Dienstleistung der Gesellschaft gesehen werden sollte“. Mleczko hält einen auf den Forderungen des EP basierenden Kompromiss für schwierig und forderte das EP daher auf, seine Positionen erneut zu überdenken und dabei die Traditionen der einzelnen Mitgliedstaaten stärker in Betracht zu ziehen.

- [Pressemitteilung des Europäischen Parlaments](#)

EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Kindesmissbrauch erlassen

Das EP und der Rat der Europäischen Union haben eine neue EU-Richtlinie über die Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornographie erlassen. Mittels intensiverer Präventionsmaßnahmen, einem härteren und vereinheitlichten Strafmaß sowie dem Löschen

von Kinderpornographie, sollen mit der Richtlinie Kinder effektiver vor Missbrauch geschützt werden. Zur Prävention sexuellen Missbrauchs an Kindern gehört mit der Richtlinie auch die Untersagung einer beruflichen bzw. einer ehrenamtlichen Tätigkeit mit Kindern von einschlägig vorbestraften Sexualstraftätern. Verschärft wurden auch die Strafnormen. Außerdem fordert die EU von den Mitgliedstaaten, sämtliche Internetauftritte mit kinderpornographischem Inhalt zu löschen bzw. diese zu blockieren, sofern das Löschen technisch nicht möglich ist. Des Weiteren werden das sog. „On-line grooming“ (das virtuelle Anfreunden mit Kindern zum Zweck eines späteren Missbrauchs) und Kinder-Sextourismus offiziell zu kriminellen Akten in der EU. Zudem wird die Anwendbarkeit des Strafrahmens auch auf Delikte erweitert, die EU-Bürger im Ausland begangen haben. Die Mitgliedstaaten haben zwei Jahre Zeit, die neuen Regeln in nationales Recht umzusetzen.

- [Pressemitteilung Europäisches Parlament](#)
- [Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 27.10.2011](#)

Neues aus der Europäischen Kommission

Grünbuch über Familienzusammenführung erschienen

Seit 2003 existieren gemeinsame EU-Rechtsvorschriften zu den Konditionen, unter denen in der EU lebende Drittstaatsangehörige ihre Familienmitglieder in ein EU-Mitgliedsland nachholen dürfen. Diese gemeinsamen Konditionen sind seither in der EU-Richtlinie 2003/86/EC (Familienzusammenführungsrichtlinie) festgeschrieben, zu deren Implementierung die Kommission am 8. Oktober 2008 einen Bericht herausgegeben hat. In diesem wurde deutlich, dass die Richtlinie den einzelnen Mitgliedstaaten zu viel Ermessensfreiheit lasse, insbesondere im Hinblick auf die Dauer einer Familienzusammenführung. Am 15. November 2011 hat die Kommission nun eine öffentliche Debatte zum Recht auf Familienzusammenführung von in der Europäischen Union lebenden Drittstaatsangehörigen lanciert. Die öffentliche Konsultation zu diesem Thema läuft bis zum 1. März 2012. Sie hat das Ziel, Meinungen von Stakeholdern und anderen Akteuren zu Maßgaben in der Familienzusammenführung auf EU-Ebene zu sammeln. Weiterhin sollen sachliche Informationen und Daten zur Anwendung der EU-Richtlinie zusammengetragen werden.

- [Grünbuch zum Recht der Familienzusammenführung von in der EU lebenden Menschen aus Drittländern](#) 

Zwei Verordnungen zur Lebensmittel-Zusatzstoff-Kennzeichnung verabschiedet

Zum Schutz der Verbraucher hat die Kommission zwei Verordnungen verabschiedet, die die Verwendung von Zusatzstoffen in Lebensmitteln detailliert kennzeichnet. Dazu zählen z.B. Konservierungs-, Stabilisierungs- und Süßmittel sowie Farbstoffe. Mit der ersten Verordnung soll eine Liste mit Zusatzstoffen erstellt werden, die für bestimmte Lebensmittel zugelassen sind. Diese Liste wird ab Juni 2013 verbindlich sein. Die zweite Verordnung bezieht sich auf Zusatzstoffe in den Stoffen, die Lebensmitteln zugefügt werden. Dies meint beispielsweise Enzyme, Aromen und Nährstoffe, für die eine Liste erstellt werden soll, die 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft treten wird.

- [Informationen der EU-Kommission zur Kennzeichnung von Lebensmittelzusatzstoffen](#)

Studie zur Online-Sicherheit von Kindern erschienen

Die Kommission hat eine Studie zur Förderung der Online-Sicherheit von Kindern in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse nun veröffentlicht wurden. Aus ihnen geht hervor, dass Instrumente der elterlichen Kontrolle bezüglich der Inhalte für Erwachsene und anderer schädigender Inhalte wirkungsvoller geworden sind. Jedoch seien Instrumente zum Blockieren von rassistischen oder selbstdestruktiven Inhalten (z.B. Pro-Anorexia oder Pro-Selbstmord) bisher wenig effektiv. Die Studie zeigt, dass die Werkzeuge der elterlichen Kontrolle im Internet noch weiter ausgebaut werden müssen.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission](#)

Studie zu Kompetenzanforderungen in der frühkindlichen Erziehung und Pflege erschienen

Die Kommission hat eine Studie zur Untersuchung der Qualität von Fachpersonal in der frühkindlichen Erziehung und Pflege in Auftrag gegeben. Unter anderem wurde untersucht, durch welche Rahmenbedingungen Professionalität in der frühkindlichen Erziehung erreicht werden kann. Dabei werden auch ländertypische Merkmale der Mitgliedstaaten in der Europäischen Union in Betracht gezogen. Die Ergebnisse der Studie wurden nun veröffentlicht.

- [Studie zu Kompetenzanforderungen in der frühkindlichen Erziehung und Pflege](#) 

SocialPlatform mit Konferenz und Empfehlungen zum Thema Pflege

Die SocialPlatform (europäisches Netzwerk für NGOs im sozialen Bereich) veranstaltet ihre Jahreskonferenz am 9. Dezember 2011 in Brüssel zum Thema Pflege. Anlässlich dieser Konferenz veröffentlichte sie im September ein Positionspapier mit Empfehlungen an EU-Entscheidungsträger/innen sowie an die EU-Mitgliedstaaten. Mit dem Ausgangspunkt, dass jeder Mensch im Laufe seines Lebens sowohl gepflegt wird als auch selbst pflegen wird, macht die SocialPlatform deutlich, dass Pflege ein Menschenrecht ist und eine wichtige Rolle in der Gesellschaft spielt. Die Vorschläge dienen dazu, politische Richtlinien auf europäischer Ebene zu entwickeln, um die Rechte der Individuen zu respektieren, den Zugang zu Pflegedienstleistungen zu garantieren und die soziale Inklusion zu ermöglichen. Die SocialPlatform konzentriert sich dabei auf vier Bereiche, in denen sie aktuell Missstände feststellt und konkrete Maßnahmen zur Verbesserung vorschlägt:

- i. Pflegerichtlinien, die die Grundrechte von Pflegebedürftigen respektieren, soziale Teilhabe sowie Lebensqualität für alle Beteiligten fördern
- ii. Die adäquate Balance zwischen Pflege, Arbeits- und Privatleben für Pflegendende
- iii. Professionelle Pflegedienste
- iv. Arbeitsbedingungen und die qualitative Beschäftigung im Pflegesektor

- [SocialPlatform: Recommendations on Care](#) 

AGE und Koalition zum Ej 2012 verabschieden Manifest für altersfreundliche EU

Das Europäische Jahr 2012 ist das *Europäische Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen*. Im Rahmen ihrer Kampagne für das Europäische Jahr 2012 haben die AGE Platform Europe (europäisches Netzwerk für Organisationen von und für Menschen ab 50 Jahren) und die Koalition zur Umsetzung des Europäischen Jahres 2012 ein Manifest mit ihrem Dekalog für eine altersfreundliche Gesellschaft herausgegeben. Weiterhin geben sie Politik, Verwaltung und Verbänden der nationalen sowie regionalen Ebene Empfehlungen zur Erreichung dieser Ziele. Ziel ist es, allen Menschen in der EU einen aktiven Platz in der Gesellschaft zu ermöglichen, mit denselben Rechten und Möglichkeiten, unabhängig von Alter, Geschlecht, ethnischer Herkunft, sexueller Orientierung, Religion, sozialem und ökonomischen Status, physischem und mentalem Zustand und Bedürfnissen an gesundheitlicher Pflege.

- [Manifest der AGE und der Koalition für das Ej 2012 für eine altersfreundliche Europäische Union](#) 

Teilzeitbeschäftigung in der EU

Eurostat (das statistische Amt der Europäischen Union) hat auf der Grundlage der Arbeitskräfteerhebung von 2010 zwei Berichte zu neuen Arbeitsmarktindikatoren herausgegeben. Daraus geht hervor, dass 2010 41,3 Millionen Menschen in der EU 27 teilzeitbeschäftigt waren, davon drei Viertel Frauen. Von allen in Teilzeit beschäftigten Personen würden 21% lieber mehr Stunden arbeiten und wären dafür auch verfügbar. Hierbei ist der Anteil der in teilzeitbeschäftigten Männer jedoch höher (27 %) als der der Frauen (19 %). Die höchsten Prozentzahlen von in Teilzeit arbeitenden Personen, die gerne mehr arbeiten würden, fanden sich in Lettland (65 %), Griechenland (49 %) und Spanien (46 %). Deutschland liegt mit 22,1 % im mittleren Durchschnitt, der niedrigste Anteil liegt in den Niederlanden (3 %) und Belgien (4 %).

- [Aktuelle Veröffentlichung des Eurostat zu neuen Arbeitsmarktindikatoren](#) 

Eurochild veröffentlicht Bericht zu Kindern mit geistiger Behinderung

Der 20. November 2011 war der 22. Jahrestag der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen, die die zivilen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Rechte von Kindern schützt. Eurochild und Inclusion Europe (Netzwerk von Organisationen und Vereinigungen für Personen mit geistiger Behinderung in Europa) erinnerten zu diesem Anlass daran, dass Kinder mit geistigen Behinderungen noch häufig benachteiligt sind. Dazu haben Eurochild, Inclusion Europe und die Karls-Universität Prag von Dezember 2009 – November 2011 den europäischen Bericht „Children’s Rights for All: Monitoring the implementation of the UN Convention on the Rights of the Child for children with intellectual disabilities“ erstellt. Die Ergebnisse wurden nun auf einer Abschlusskonferenz präsentiert und machen deutlich, dass Kinder mit geistiger Behinderung stark von Diskriminierung, Missbrauch und gesellschaftlicher Exklusion gefährdet sind. Eurochild und Inclusion Europe fordern daher die stärkere Beachtung der Anwendung der UN-Kinderrechtskonvention für Kinder mit geistiger Behinderung.

- [UN-Kinderrechtskonvention](#)
- [Europäischer Bericht „Children’s Rights for all! Implementation of the UN Convention on the Rights of the Child for children with intellectual disabilities“](#)

Bevorstehende Veranstaltungen

- Eurochild Jahreskonferenz 2011 „Tackling child poverty through supporting and strengthening families“ (30. November - 2. Dezember 2011, Cardiff)
- Study Day der COFACE: “Individualisation of social rights in a family perspective” (1. Dezember 2011, Brüssel)
- Konferenz “Inequalities in Europe and the future of the welfare states“ der Europäischen Kommission (5. – 6. Dezember 2011, Brüssel)
- Konferenz „Equality in the Workplace: Zero Tolerance on Gender-Based Discrimination, Harassment and Violence in Europe“, Public Policy Exchange (8. Dezember 2011, Brüssel)
- SocialPlatform Pflegekonferenz “Annual Conference on Care“ (9. Dezember 2011, Brüssel)
- Internationale Konferenz des BMFSFJ “Altersbilder im Wandel“ (12. Dezember 2011, Berlin)
- Study Day der COFACE: “Sexual and Emotional Education” (14. Dezember 2011, Brüssel)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss des Deutschen Familienverbands (DFV), der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf), des Familienbundes der Katholiken (FDK), des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) und des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).

AGF e. V. · Courbièrstr. 12, 10787 Berlin · Web: <http://ag-familie.de> · Tel.: +49 (0) 30 21962-746
E-Mail: europa@ag-familie.de · Redaktion: Anja Meyer, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)
